Morgen-Ausgabe — Groß-Berlin 30 Pf., auswärts 40 Pf.

„Berliner Tageblatt u. Handels-Zeitung" erscheint wochentlich zweimal, Sonntags u. Montags einmal. Illustr. Gratis-Beiblätter: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", jeden Dienstag „Modenspiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag „Sportspiegel", jeden Freitag Bildblatt „ULK", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens u. Finnlands; für alle übr. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzbd. durch d. Exp. d. Bl. mögl. Bezugspreis: Durch d. Post monatl. 15 M. einschl. Zustellg., Ausland ausschl. Postaufschlag; f. Berlin u. Vororte monatl. 15 M. b. tägl. zweimal. Zustellg. ins Haus. Unter Kreuzbd. monatl. f. d. Inland 36 M. u. Ausland 36 M. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks hab. unz. Bezieh. kein. Anspr. a. Nachlief. od. Erstatt. d. entspr. Entgelts. In Groß-Berlin ebenso, man b. d. Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. d. nebenstehend aufgeführt. Filialen. Sprechstr.: Zentrum 10181—10544, f. d. Fernverk. 14997—14999. Tel.-Adr.: „Berliner Tageblatt". Anzeigenpreis: Zeile M. 8 u. 30 % Zuschl., Kleiner-Gef. u. Familien-Anz. ohne Zuschl. Nachruf nach 291. Tarif.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnementsannahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 110; Potsdamer Straße 38; Hirschstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Kösenicker Straße 67/68; Mathenower Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochstraße 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 284 u. 346; Wilhelmstraße 39; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 18; Greifswald. Str. 197; Frankf. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenbg.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 54; Schorrentstr. 39; Rüdesheg. Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Hentriettenpl.; Lichtenbg.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Karlstr. 12; Neukölln: Berliner Str. 41; Germanstr. 80/94; Kais.-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholm. Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 39/34; Schmargendorf: Berlin Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 33/34; Mart.-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserpl. 13; Treptow: Reihstr. 7; Weißensee: Streustr. 136. In der Provinz: Brandenburg a. H. 3.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Brückenstr. 28; Potsdam: Brandenburg. Str. 38; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeyl. 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 352 • Ausgabe A Nr. 178
Ausgabe für Berlin und Umgegend Nr. 352

Freitag, 29. Juli 1921
50. Jahrgang

Erneuter Aufschub der Alliierten-Konferenz.

Offizielle englische Mitteilung.

London, 28. Juli. (W. T. B.)

Reuter erfährt, daß die Mitteilung Pariser Zeitungen, wonach der Oberste Rat am 4. August nur zusammentreten werde, falls Truppenverstärkungen vorher nach Oberschlesien gesandt würden, **auf einem Mißverständnis zu beruhen scheint.** Die britische Regierung habe keine Mitteilung erhalten, die eine solche Meinungsänderung verbürge. Der britische Standpunkt sei in dem Meinungsaustausch in London und Paris klar dargelegt worden. Reuter erfährt weiter, daß das Kabinett, das heute vormittag zusammentrat, die oberschlesische Frage behandelt habe. Es sei kein Grund vorhanden, zu glauben, daß die britische Regierung die gegenwärtige Lage als so ernst ansehe, wie es in einigen Kreisen der Fall zu sein scheine, obgleich **es sehr wahrscheinlich sei, daß die Zusammenkunft des Obersten Rates wieder etwas hinausgeschoben werden wird.** Lord Curzon hatte heute vormittag eine Unterredung mit dem französischen Botschafter.

Die Beantwortung aller Fragen, die Oberschlesien betreffen, ist im Unterhause auf Ersuchen Lloyd Georges bis zur nächsten Woche vertagt worden. Dementsprechend ist, wie Reuter mitteilt, auch unwahrscheinlich, daß die für heute erwartete Mitteilung Lloyd Georges über den gleichen Gegenstand erfolgen wird.

London, 28. Juli.

Das britische Kabinett hat heute mittag eine Sitzung abgehalten, in welcher eine Note an die französische Regierung fertiggestellt worden ist, die von Lord Hardinge, dem britischen Botschafter in Paris, Briand übergeben werden soll. Lord Hardinge ist nach Paris zurückgekehrt. Die Note wird nicht veröffentlicht werden, ehe die französische Regierung sie empfangen hat.

Zur Begründung der heute aufgetauchten Gerüchte, daß die Konferenz des Obersten Rates noch um einige Tage verschoben werden müsse, wird auch angeführt, daß der italienische Premierminister Bonomi wegen seiner parlamentarischen Tätigkeit kaum vor dem 7. oder 8. August in Paris eintreffen könne. Neuerdings stellt sich Paris auf den Standpunkt, daß auch die Uebertragung der nichtstrittigen Gebiete an Deutschland bzw. Polen ein Irrtum sei, weil Deutschland sich dadurch des Besitzes hervorragender strategischer Stellungen, aus denen es die Ententetruppen bedrohen könnte, sicherm würde (!) Auch würde jede Zuteilung gegenwärtig die endgültige Regelung vorwegnehmen, die nicht stattfinden dürfe, ehe die Entente die richtige Erfüllung der Regelung und die Aufrechterhaltung der Ordnung sicherzustellen vermöge.

Rom, 28. Juli.

Der „Popolo Romano" sagt, indem Deutschland vor der Durchlassung französischer Truppentransporte eine Kollektivforderung sämtlicher Ententemächte verlange, mache es von seinem guten Rechte Gebrauch, das der Versailler Vertrag Deutschland zugestanden habe. Der Mutanfall der französischen Nationalisten sei gänzlich ungerechtfertigt. Die Nationalisten haben eine Anfrage an den Minister des Aeußern über die Stellungnahme Italiens zu den Verhandlungen über Oberschlesien angemeldet, ferner über den Grund, weshalb die Durchführung des Versailler Vertrages in der oberschlesischen Frage sich beständig verzögert.

Die „Uebergangslösung".

Eine offiziöse französische Erklärung.

Paris, 28. Juli. (W. T. B.)

Wie der diplomatische Mitarbeiter der Havas-Agentur mitteilt, hat er nach Schluß des heutigen Ministerrates den Eindruck gewonnen, daß das französische Ministerium den Wunsch habe, die Auseinandersetzungen, die zwischen Paris und London über die oberschlesische Frage schweben, zu Ende zu führen. Was die Frage der Verstärkungen anbelange, so sei man der Ansicht, daß auf dem Wege der gegenseitigen Zugeständnisse eine Lösung gefunden werde. Es sei nicht unmöglich, daß man sich sofort über eine **Uebergangslösung** einig werde, die auf dem normalen Wege leichten gegenseitigen Entgegenkommens die Zustimmung der interessierten Mächte finden könne. Die Lösung werde jedenfalls darin bestehen, **daß sich England dem französischen Schritt in Berlin anschließe,** damit die deutsche Regierung alle nötigen Vorkehrungen für die Beförderung der Truppenverstärkungen treffe. Nachdem dieser Schritt getan sein werde, werde es Aufgabe des Obersten Rates sein, wenn es notwendig wäre, den Zeitpunkt der Absendung der Verstärkungen zu bestimmen. Dieses Verfahren könnte den Deutschland haben, daß es den berechtigten Wünschen der französischen öffentlichen Meinung Rechnung trage und gleichzeitig in Deutschland als eine neue Bestätigung der französisch-englischen Solidarität angesehen würde.

Paris, 28. Juli. (W. T. B.)

Ueber den heutigen Ministerrat wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: „Ministerpräsident Briand hat seinen Kollegen eine vollständige Uebersicht über die diplomatische Lage gegeben, insbesondere über die durch die oberschlesische Frage geschaffene Lage. Da er von dem französischen Botschafter in London benachrichtigt worden ist, daß die englische Regierung erst heute über die Fragen beraten werde, die die französische Regierung gestellt hatte, entschloß sich der Ministerrat, morgen im Elysée erneut zusammenzutreten, um die Antwort der englischen Regierung zu prüfen."

Neue Kompromißvorschläge Frankreichs an England.

Entscheidung durch die Botschafterkonferenz?

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 28. Juli.

Der Ministerrat hat seinen Beschluß über Oberschlesien bis morgen verschoben, um das Eintreffen der englischen Antwort abzuwarten. Die Abendzeitungen heben hervor, daß die Meinungsschwankungen, die am Quai d'Orsay in den letzten Tagen festzustellen waren und auf die heute morgen einige Blätter anspielten, aufgehört haben. Das Kabinett sei einig darüber, daß eine feste Haltung bewahrt werden müsse, um die energischen Instruktionen, die der französische Botschafter in London erhalten hat, zu stützen. Es bleibt also angeblich dabei, daß Frankreich eine Konferenz nur dann für möglich hält, wenn über die Frage der Verstärkungen eine Verständigung mit London erzielt worden ist. Wenn die englische Regierung auf ihrem Standpunkt verharrt, soll der Oberste Rat nicht am 4. August, sondern erst nach erfolgter Einigung zusammenkommen. Die französische Regierung hält es für unerläßlich, daß Deutschland zu der Ueberzeugung gebracht wird, England und Frankreich seien in Fragen dieser Art nicht zu trennen. Wenn der Eindruck fortbestünde, daß Frankreich eine diplomatische Schlappe erlitten habe, dann würde nach der französischen Darstellung sehr bald eine reaktionäre Bewegung in Deutschland beginnen, die für den Frieden sehr gefährlich wäre. — Aus dieser Ueberlegung heraus seien beide Regierungen auf der Suche nach einem Kompromiß. Folgende, von einander abweichende, Vorschläge werden jetzt in London erwogen: 1. Die Botschafterkonferenz soll eine Entscheidung über die Entsendung der Verstärkungen treffen. 2. Die englische Regierung soll Frankreich allein handeln lassen und jede Verantwortung für die Folgen ablehnen. 3. Die deutsche Regierung soll von Frankreich und England gemeinsam benachrichtigt werden, daß jede Bewegung der „Hilfsschutztruppen" in Oberschlesien sofort ein Eingreifen der französischen Armee am Rhein zur Folge haben müßte. Es wird in Paris angenommen, daß einer dieser Vorschläge oder auch ein vierter, von dem deutlich noch nicht gesprochen wird, zum Ziele führen kann. Nach einer Andeutung des „Temps" wäre die äußerste Lösung, daß Deutschland von den Verbündeten schon jetzt aufgefordert wird, den Transport von Verstärkungen vorzubereiten, daß aber über die Zahl und das Datum der Entsendung erst später der Oberste Rat seine Entschließung trifft. In jedem Fall sei Frankreich nicht gesonnen, weitere Zugeständnisse zu machen.

Um die Stimmung zu beeinflussen, werden wieder Gerüchte aus Beuthen und Oppeln gebracht, die von angeblichen Gewalttaten deutscher „Banden" melden. Der „Temps" bringt im sogenannten Wortlaut die drei Reden, die er schon früher erwähnte: eine Ansprache des Generals Höfer an die „Sturmkompagnie Tirol" des Freikorps „Oberland" vom 25. Juni, eine Rede des Oberleutnants v. Gornier, die auf dem Marktplatze von Klein-Strehlitz am 26. Juni gehalten wurde, und einen Auszug aus den Abschiedsworten des Oberleutnants v. Roßbach auf dem Bahnhof von Kreuzburg am 5. Juli. Diesen Ansprachen wird ein Schreiben der Oppelner Handelskammer vom 27. Juni hinzugefügt, in dem ersucht wird, den Mannschaften der aufgelösten Selbstschutztruppen Arbeit zu geben. Aus diesem Schriftstück schließt der Mitarbeiter des „Temps", Oberstleutnant Reboul, daß eine große Anzahl von Mitgliedern der Selbstschutzorganisation in Oberschlesien zurückgeblieben sei, um in jedem Augenblick wieder zu militärischen Unternehmungen herangezogen werden zu können. Auch Korfanty läßt sich wieder vernehmen. Er hat dem „Journal des Débats" Erklärungen abgegeben, die sich in Kürze so zusammenfassen lassen: „1. Eine schnelle Entscheidung sei nötig, nicht nur für das wirtschaftlich bedrängte Polen, sondern auch für Deutschland und Europa. 2. Verstärkungen seien unerläßlich, um die Grenzen zu schützen (!); denn die Gefahr drohe nicht von den Bewohnern Oberschlesiens, sondern von den Elementen, die aus dem Reiche (ja, aus dem polnischen! Die Red.) kommen. Es sei nicht wahr, daß die Polen nur französische Verstärkungen wollen; Engländer seien ihnen ebenso lieb (?), da sie sich stets unparteiisch benommen haben. 3. Die provisorische Teilung sei zu verwerfen, da sie die notwendige endgültige Lösung nur verzögern würde." Ueber die Beratung der Sachverständigen ist nur zu erfahren, daß sie begonnen hat. Ueber alles, was bisher verhandelt worden ist, wird absolutes Stillschweigen beobachtet.

Nochmals die Verdoppelung der Umsatzsteuer.

Von [Nachdruck verboten.]

Oscar Tietz.

Wir geben auch den nachstehenden Artikel als Beitrag zur Diskussion wieder.

Die Redaktion.

Der Reichsschatzminister a. D. Dr. Gothein versucht in zwei Artikeln vom 15. und 22. Juli die von ihm vorgeschlagene reine Konsumentensteuer zu verteidigen und sie unter Widerlegung der dagegen angeführten Gründe schmackhaft zu machen. Ich möchte nur auf einige wenige seiner Ausführungen eingehen.

Herr Gothein erklärt, daß die Umsatzsteuer in ihrer heutigen Form den Konzentrationsprozeß befördert habe und steuerlich begünstige. Das werde in potenziertem Maße eintreten, wenn sie verdoppelt wird. Ich bitte Herrn Gothein, mir nachzuweisen, wo durch die Umsatzsteuer eine solche Konzentration eingetreten ist. Wenn er von einer Schuhfabrik spricht, wo dieses der Fall sein soll, so wird es ihm durchaus unmöglich sein, den Beweis zu erbringen, daß die Umsatzsteuer bzw. deren Ersparnis von bisher 1½ Prozent die Veranlassung gewesen ist, eine Gerberei dieser Fabrik anzugliedern. Zweifellos haben ganz andere wirtschaftliche Momente die Ausdehnung der Fabrik veranlaßt. Was für diesen Fall zutrifft, trifft auch im weiteren für die Textilbranche zu.

Wenn Herr Gothein glaubt, daß die bisherigen Steuerträger der Meinung gewesen seien, sie tragen diese Steuer selbst, so liegt der Irrtum auf seiner Seite. Niemand hat diese Meinung bisher vertreten. Tatsache aber ist, daß in den Zeiten rückläufiger Konjunktur tatsächlich von einer Abwälzung der Steuer auf den letzten Abnehmer bzw. auf den Verbraucher nicht die Rede sein kann, denn mit dem durch die Konjunktur eingetretenen Verlust trägt auch der Steuerträger tatsächlich die Umsatzsteuer selbst.

Herr Gothein unterstreicht die Forderung, daß das Risiko ihrer Erhebung auf möglichst viele Schultern verteilt werden soll. Er beruft sich dabei auf meine Ausführungen vom 30. Juni, nur hat er übersehen, daß ich gesagt habe „auf möglichst viele tragbare Schultern". Diese tragbaren Schultern sind aber nicht die des gesamten Einzelhandels bis hinein in die kleinsten Geschäfte der Gemüse-, Räucherwaren-, Fischhändler usw., sondern es sind die Schultern derjenigen Betriebe, die ordnungsmäßige, nachprüfbare Bücher führen, so daß eine Kontrolle hier in ausreichendem Maße gewährleistet ist. Es wird Herrn Gothein nicht unbekannt sein, daß das Aufkommen aus der Luxussteuer sehr erheblich zu wünschen übrig läßt, und er selbst weist darauf hin, daß die Steuer bei mindestens 10 000 umfangreichen Betrieben weit mehr hätte bringen müssen, als dies der Fall ist, wobei er ein Beispiel anführt, wonach eine einzelne dieser 10 000 Firmen 5 Prozent der gesamten Luxussteuer aufgebracht habe. Hier irrt sich Herr Gothein, indem er ohne Nachprüfung dem Irrtum des Betriebsinhabers folgt, denn es handelt sich nicht um 5 Prozent des Aufkommens, sondern um den zehnten Teil davon, um 0,5 Prozent. Wenn aber schon hier die tragfähigen Schultern in so unerhörtem Maße versagt haben, wie will Herr Gothein bei den vielen Zehntausenden von kleinen Firmen die Durchführung seiner Verbrauchssteuer sicherstellen?

Wenn Herr Gothein weiter sagt, daß der letzte Verkäufer kein Interesse habe, die Steuer seinem Kunden nicht in Rechnung zu stellen, wenn seine gesamte Konkurrenz das tut, so hat er durch den Schlußpassus dieses Satzes des Pudels Kern getroffen. Wie will er unter allen Umständen eine Sicherung dafür schaffen, „daß die gesamte Konkurrenz das tut?" Ich habe bereits in meinem ersten Artikel darauf hingewiesen, in welcher ganz unzulänglichen Weise in Italien mit dem Quittungsstempel verfahren wird. Der Käufer ist nicht der Kontrolleur des Verkäufers, sondern er wird sehr oft diesen gerade zur Nichterhebung der Steuer zu veranlassen suchen, und aus Wettbewerbsrücksichten wird öfter als einmal im stillen Einverständnis die Steuer unerhoben bleiben. Der Anreiz in Höhe von 10 Prozent ist außerordentlich groß, und die Steuermoral nicht so stark, daß immer eine der beiden Parteien auf Zahlung der Steuer bestehen wird. Meine Erfahrungen in Italien haben mir klipp und klar bewiesen, wie außerordentlich zweifelhaft die Durchführung einer derartigen Steuer ist. Ich bin sogar der Meinung, daß die in liebenswürdiger Weise durch den Zentralverband des Großhandels zur Verfügung gestellte Kontrolle nicht einmal ausreichen wird, um dem Reich die Gewähr zu bieten, daß die Steuer nicht hinterzogen wird.

Ist nicht allgemein bekannt, daß die Bezugscheinpflicht trotz schärfster Kontrolle nicht hindern konnte, daß bei Eiern mehr als 80 Prozent, bei Butter und Fleisch wesentlich mehr als die Hälfte und auch bei Textil- und Schuhwaren ganz erhebliche Mengen „hinten herum" in den Verbrauch gekommen sind?